

Demokratische Bildung

Auszüge aus dem 17. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung - Bericht über die Lage junger Menschen und die Bestrebungen und Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe

Der 17. Kinder- und Jugendbericht nimmt beim Thema der demokratischen Bildung an vielen Stellen auf den 16. Kinder- und Jugendbericht Bezug, der einen expliziten Fokus hierauf hatte. Auszüge finden sich unter <https://www.agif-sachsen.de/neutralitaetsdebatte.html>

”

Junge Menschen in Deutschland bekunden eine kontinuierliche und ausgeprägte **Zustimmung zur Demokratie, äußern jedoch wiederholt Kritik an politischen Parteien und deren Repräsentant:innen**, denen sie Kurzsichtigkeit und einen Mangel an Transparenz attestieren, insbesondere in Bezug auf die Interessen zukünftiger Generationen. Die Entscheidungen junger Wähler:innen basieren oftmals auf der Auswahl der als am wenigsten problematisch wahrgenommenen politischen Partei. Die demokratische Bildung steht vor Herausforderungen durch die Verbreitung von Verschwörungsmethoden und Falschinformationen, insbesondere über soziale Medien. **Politische Bildungsprogramme** müssen junge Menschen in einem ressourcenorientierten Prozess der Demokratieförderung einbeziehen, statt sie als potenzielle Bedrohungen der Demokratie zu adressieren. Es ist essenziell, dass die Demokratiebildung aktiv Diskriminierungsformen entgegenwirkt und einen inklusiven Ansatz verfolgt, der von allen Beteiligten unterstützt und praktiziert wird. Demokratische Bildung kann dann erfolgreich sein, wenn junge Menschen erfahren, dass sie gehört, ernst genommen und vor allem ernsthaft beteiligt werden. Wo demokratische Bildung erfolgreich ist, geht es um das Übertragen von Verantwortung sowie um das Teilen von Macht, da jede Generation die Grundlagen des demokratischen Gemeinwesens von Neuem sichern und weiterentwickeln muss. (KJB S. 57)

“

”

Die herausfordernde Situation, in der sich die Demokratie aktuell befindet, weist auch auf besondere Bedarfslagen in der Demokratiebildung und -förderung hin. Hier sind **alle Träger der Kinder- und Jugendhilfe gefordert, ihre Verantwortung wahrzunehmen** und ihre **Angebote entsprechend weiterzuentwickeln** sowie **innovative Formate zu erarbeiten**. Die Förderung der Entwicklung und Erziehung junger Menschen zu Selbstbestimmung, Eigenverantwortung und Gemeinschaftsfähigkeit ist gemäß § 1 Abs. 1 SGB VIII festgelegt. Alle jungen Menschen müssen Zugang zur politischen Bildung haben, diese muss in allen Feldern der Kinder- und Jugendhilfe mit entsprechend qualifizierten Fach- und Leitungskräften noch stärker eingesetzt werden. Um Demokratie angemessen zu fördern und allen Formen von Demokratie- und Menschenfeindlichkeit etwas entgegenzusetzen, sind **demokratische Erlebnisse für die Kinder und Jugendlichen essenziell**; Mitbestimmung und Selbstwirksamkeit im geschützten Raum der Kinder- und Jugendhilfe tragen dazu bei. (17. KJB S. 76)

“

”

Politische Maßnahmen zur Stärkung von Mitbestimmungsmöglichkeiten, u. a. durch die Absenkung des Wahlalters, sind von großer Bedeutung, weil hier junge Menschen Demokratie erleben können. Darüber hinaus setzen vielfältige Programme Impulse für Demokratiebildung und -förderung, hinzu kommt die Unterstützung von Regelstrukturen zur politischen Kinder- und Jugendbildung. Für eine nachhaltige Demokratieförderung sind **Verlässlichkeit und Vertrauen zwischen Fachkräften und jungen Menschen sowie auf Dauer angelegte förderrechtliche Rahmen** auszubauen. (17. KJB S. 76)

“

”

Kinder- und Jugendhilfe ist nicht politisch neutral, weil sie demokratisch und parteilich ist.

Leitlinie: Die Kinder- und Jugendhilfe muss aktiv demokratische Bildung fördern und jungen Menschen die Mitwirkung an der (Kinder- und Jugend-)Politik ermöglichen. Es ist wichtig, dass junge Menschen durch partizipative Bildungsangebote Selbstwirksamkeit erfahren und sich demokratische Werte aneignen können. Diese Bildungsangebote umfassen sowohl institutionelle Lernorte als auch informelle Bildungs- und Freizeitangebote, die allen jungen Menschen und deren Familien zugänglich sein sollten. Die Kinder- und Jugendhilfe mischt sich kinder- und jugend(hilfe)politisch ein und ist nicht zu politisch-inhaltlicher Neutralität verpflichtet. Sie hat die Aufgabe und Pflicht, sich selbst aktiv gestaltend für junge Menschen einzubringen und – wo nötig – für sie zum Sprachrohr zu werden. Sie positioniert sich klar gegen Hass, Ausgrenzung, demokratiefeindliche Haltungen und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und für Demokratie, Vielfalt und Diversität.

Empfehlungen: Träger der Kinder- und Jugendhilfe sind aufgefordert, ihren Bildungsauftrag aktiv umzusetzen, indem sie demokratische Teilhabe in ihren täglichen Aktivitäten sicherstellen. Dies erfordert den Einsatz wirkungsvoller Formate und Methoden, insbesondere auf kommunaler und Trägerebene, um Demokratie erlebbar zu machen. Fachkräfte müssen in ihrer Rolle als demokratische Vorbilder gestärkt und in der politischen Bildung qualifiziert werden, um junge Menschen und ihre Familien entsprechend zu begleiten. Fachkräfte benötigen zudem Unterstützung ihrer Träger, wenn sie klar für die demokratische Grundordnung eintreten und sich gegen Desinformation sowie gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit stellen. Die Kinder- und Jugendhilfe muss in ihrem Engagement für Demokratie und Menschenrechte von allen Ebenen bestärkt und geschützt werden, um eine wirkungsvolle demokratiestärkende Interessenvertretung zu sein. (KJB S. 80)

“

”

Eine grundsätzliche Herausforderung der normativen Bewertung demokratiefeindlicher bzw. antidemokratischer bis hin zu extremistischen Tendenzen besteht darin zu klären, **was Demokratie ist und wo Menschen Demokrat:innen werden bzw. sein können** (vgl. Richter 2018). So ist Demokratie nicht allein als Regierungsform, sondern vor allem als **Lebensform** zu verstehen, welche sich insbesondere im Vereinswesen und der Kinder- und Jugendarbeit vollzieht (vgl. ebd., S. 236ff.). Dabei geht es insbesondere um „die Mehrheitsregel, den Minderheitenschutz, Gewaltfreiheit, die Herrschaft der verabschiedeten Gesetze, die Presse- und Meinungsfreiheit sowie die Kontrolle der Regierung durch eine Opposition“ (ebd., S. 235), wobei „die demokratischen Grundsätze der Beteiligung und Entscheidung unter besonderer Berücksichtigung einer argumentativ abwägenden, verständigungsorientierten Beratschlagung auf alle gesellschaftlichen Bereiche anzuwenden [sind]“ (ebd., S. 236). (KJB S. 107)

“

”

Die Hearing-Teilnehmer:innen heben verschiedene Formate hervor, die sie für eine erfolgreiche Beteiligung junger Menschen als geeignet ansehen: [...]

– Demokratiebildung und Audits: **Dezentrale Angebote der Demokratiebildung** und Jugendaudits/Werkstätten. [...]

Diese Formate sollen inklusiv, partizipativ und divers sein und allen jungen Menschen gleichermaßen Zugang ermöglichen: „Und solche Diskussionen sollte es, finde ich, öfter und im größeren Raum geben, dass eben man dem Staat, keine Ahnung, einmal im Monat, in jeder Stadt eine offene Podiumsdiskussion, da kann sich jeder hinstellen, jeder freiwillig hingehen, und einfach mal sagen: ‚Das liegt (mir) auf der Seele; was findest du noch unfair, was sollte geändert werden?‘ Damit eben der Staat auch einfach öfter das Feedback hat: ‚Okay, wo mangelt’s?‘ Weil es gibt jetzt ab und zu Umfragen, wir haben jetzt einmal die Chance, was zu sagen; aber das ist ja nichts Regelmäßiges. Wir haben ja nicht einmal die Woche, einmal im Monat, einmal im Jahr die Möglichkeit, das zu machen! Das ist eine besondere Möglichkeit, und ich finde, das sollte keine besondere Möglichkeit sein. Ich finde, so was, was wir jetzt gerade machen, ist supersupersuperwichtig und sollte auf jeden Fall öfter gemacht werden, damit eben die Regierung, damit der Staat öfter und besseres und klares Feedback bekommt, was er ändern kann und was er verbessern kann. (17. KJB S. 177)

“

”

Unter der Überschrift „Politische Bildung ist mehr als Extremismusprävention“ konstatiert die Mitte-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung, dass die geförderten Präventionsprogramme zur Demokratieförderung mit einer **problematischen Perspektive auf Jugendliche** einhergehen. Der Studie zufolge werden junge Menschen implizit als potenzielle Demokratiegefährder:innen betrachtet (Zick u. a. 2023, S. 357f.). Daraus lässt sich schlussfolgern, dass Demokratieförderung inhaltlich auf einen ressourcenorientierten Aushandlungsprozess hinwirken muss, der allen Diskriminierungsformen entgegenwirkt und von allen Akteur:innen verstanden, praktiziert, mitgetragen und angewendet werden kann. (KJB S. 248)

“

”

Rechtspopulistische und rechtsextreme Erzählungen sowie Verschwörungsmymen bieten für die demokratische Bildung einen **Anlass, für junge Menschen relevante Themen anzusprechen**. Demokratische Bildung kann Kompetenzen zur Auswahl, Einordnung und Bewertung von Informationen und damit auch Medienkompetenz vermitteln, ebenso Fähigkeiten, um mit Komplexität und Ambiguität umzugehen. Die Ansätze müssen dabei **über kognitive Fragen hinausgehen**: Zu thematisieren sind auch Identitäten und Emotionen der jungen Menschen als zentrale Elemente der eigenen Entwicklung und des Aufwachsens sowie der politischen und gesellschaftlichen Wirklichkeit und deren Wahrnehmung und Bewertung durch die jungen Menschen.“ (17. KJB S. 250)

“

”

Demokratische Bildung kann dann erfolgreich sein, wenn junge Menschen erfahren, dass man sie hört, ernst nimmt und sie vor allem ernsthaft beteiligt werden. Wo demokratische Bildung erfolgreich ist, geht es um das **Übertragen von Verantwortung sowie um das Teilen von Macht**, da jede Generation die Grundlagen des demokratischen Gemeinwesens von Neuem sichern und weiterentwickeln muss. Besonders gut kann das dort gelingen, wo Ansätze Sozialer Arbeit und demokratischer Bildung zusammenwirken. Dazu wurden in den vergangenen Jahren vielversprechende Modelle entwickelt. Generell eröffnet das Zusammenwirken von Fachkräften der Sozialen Arbeit und der politischen Bildung Möglichkeiten, im Sinne des 16. Kinder- und Jugendberichts, neue Räume und Zielgruppen für die demokratische Bildung zu erschließen.“ (KJB S. 251)

“

”

Die Erfüllung des damit einhergehenden Bildungsauftrages umfasst für die Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe auch, dass in den Angeboten und Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe **demokratisches Basiswissen** über Mitbestimmung und -entscheidung, Mehrheitsentscheidungen und Minderheitenschutz, die **Fähigkeiten zum sachlichen Diskurs und der Reflexion** vermittelt werden. Hinzu kommt die Aufgabe, mit jungen Menschen auch grundsätzliche **Fragen und Prinzipien der Grund- und Menschenrechte, der Demokratie als Staatsform und der Gleichheit aller Menschen** in ihrer Vielfalt, **aber auch aktuelle gesellschaftliche Krisen und Unsicherheiten, Ängste und Konflikte nicht nur zu thematisieren** (vgl. DVPB 2023, S. 3.; Achour 2023, S. 360), **sondern auch diese Inhalte in die Bildungsangebote einzubinden**. Das häufig falsch interpretierte Neutralitätsgebot, das sich eben nicht auf politische Inhalte, sondern in erster Linie auf ein Gleichbehandlungsgebot für (nicht verbotene) Parteien bezieht, hat Fachkräfte aus Angst vor vermeintlichen Regelverstößen in eine inaktive Rolle gedrängt, die die Bedarfe junger Menschen an demokratischer Bildung hintanstellt. Darum fordert die Mitte-Studie zu Recht eine aufsuchende politische Bildung ein und entsprechende Weiterbildungsangebote (vgl. Achour 2023, S. 361ff.). Kinder- und Jugendhilfe kann und darf insoweit nicht durch vielfach behauptete und fehlinterpretierte angebliche politische Neutralitätspflichten an dieser Aufgabe gehindert werden (vgl. AGJ 2023a). Sie muss ihren **Fokus sogar noch stärker als bislang auf die Demokratieförderung und -bildung von jungen Menschen** legen. (KJB S. 487f.)

“

QUELLE



17. Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lage junger Menschen und die Bestrebungen und Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe

Online unter:
<https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/service/publikationen/17-kinder-und-jugendbericht-244628>

BERATUNGSBEDARF?

AGJF Sachsen e.V.
MUT – Fortbildung, Beratung, Strategieentwicklung
 Neefestraße 82
 09119 Chemnitz

Tel. → (0371) 533 64 24
 Mail → mut@agjf-sachsen.de
 Web → mut.agjf-sachsen.de
facebook.com/agjf.sachsen
instagram.com/agjf.sachsen.de



Gefördert vom



im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**